

Togo's Zukunft: Demokratie?



*Wie geht es weiter
nach den Parlamentswahlen
in Togo?*

*Hannes Menke
engagiert sich beim
Flüchtlingsrat Bremen*

Gegen gut 50.000 Flüchtlinge vor allem aus dem Irak, aus Afghanistan, der Türkei und aus dem Kosovo sind schon sog. Widerrufsverfahren zur Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft eingeleitet worden. Sind sie ihre Anerkennung erst mal los, sind Flüchtlinge schnell dorthin ausreisepflichtig, wo das Amt keine Gefahr mehr vermutet. Gegenwärtig geraten besonders Personen aus dem westafrikanischen Togo ins Fadenkreuz der Widerrufsbürokratie. Wie ist die Situation in Togo? Hannes Menke berichtet.

Am 14. Oktober 2007 sind in Togo nach zweimaligem Verschieben die lang ersehnten Parlamentswahlen abgehalten worden. Die Norddeutsche Mission (NM) hat sich im Rahmen ihrer Mitarbeit im Togo-Netzwerk Deutschland und gemeinsam mit dem EED (Evangelischer Entwicklungsdienst) an der Wahlbeobachtung für die Allafrikanische Kirchenkonferenz beteiligt. Wir haben nach ihrer Rückkehr mit Dr. Uta Andrée, einer der Wahlbeobachterinnen und Mitglied der NM, gesprochen. Ihre Eindrücke geben Anlass zum Nachdenken vor allem zur Weiterarbeit für den demokratischen Aufbau Togos.

Nach den gewalttätigen Unruhen und Übergriffen der Ordnungskräfte bei den Präsidentschaftswahlen 2005 (nach dem Tod des langjährigen Diktators Gnassingbé Eyadema) sind diese Wahlen als entscheidender Test für den Demokratisierungsprozess und den Willen zur Rechtsstaatlichkeit des neuen Präsidenten und Sohn von Eyadema, Faure Gnassingbé, bewertet worden.

Beeindruckend war die große Wahlbeteiligung von 85 %, die große Ernsthaftigkeit, mit der sich die Wähler/innen zum Teil stundenlang wartend an der Willensbildung des Volkes beteiligten als auch die Gewissenhaftigkeit, mit der Wahlhelfer/innen und Wahlbeobachter/innen zur friedlichen Durchführung der Wahl beitrugen.

Der Ablauf der Wahl

Die in einer zivilgesellschaftlichen Koalition für die Wahlbeobachtung zusammengeschlossenen Organisationen bewerten in ihrer ersten Stellungnahme sowohl die problematischen als auch die positiven

Elemente des Wahlprozesses. Sie kritisieren unter anderem die z.T. verspätete Öffnung von einigen Wahllokalen, die nicht ausreichende Anzahl von Siegelmarken, mit denen die Stimmzettel gekennzeichnet werden sollten, sowie die relativ hohe Anzahl von Stimmen, die durch Bevollmächtigung abgegeben wurden.

Demgegenüber wird nach Angaben von Dr. Andrée aber auch betont, dass der gesamte Wahlprozess von einem Klima des Friedens und der Ernsthaftigkeit geprägt war, das schon die Einschreibung in die Wahllisten und den Wahlkampf kennzeichnete. Die ausgesprochen hohe Wahlbeteiligung weist darauf hin, wie das togoische Volk seine Demokratie selbst mitgestalten will. Herausgestellt wird besonders die Rolle der unabhängigen Wahlkommission, die sich trotz vielerlei Schwierigkeiten sehr ernsthaft darum bemüht hat, die notwendigen Rahmenbedingungen für die Durchführung dieser Wahl zu schaffen. Wichtig ist aber, über den technischen Prozess der Wahldurchführung hinaus zu denken.

Das Wahlergebnis

Wahlgewinner/innen und Wahlverlierer/innen werden das klare Ergebnis vermutlich unterschiedlich bewerten und müssen ihre Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung ihrer Politik daraus ziehen. Denn dieses Ergebnis war zunächst überraschend und stellt eine eindeutige Sitzverteilung des Parlaments fest: 50 Sitze für die ehemalige Einheitspartei RPT, 27 Sitze für die größte Formation der Opposition UFC unter dem Sohn des ersten Präsidenten Gil-Christ Olympio und 4 Sitze für die CAR des Anwalts und Menschenrechtlers Yawovi Agboyibo, der

auch die vorherige Übergangsregierung geleitet hatte.

Diese eindeutige Sitzverteilung begründet sich allerdings vor allem auf die sehr ungleich zugeschnittenen Wahlbezirke und das Auszählungsmodell, worauf sich alle Parteien vor der Wahl gemeinsam geeinigt hatten.

Insgesamt ist im Land eine sehr ungleiche Verteilung der Stimmen zu beobachten. Während der Süden in überwiegender Mehrheit für die Parteien der Opposition gestimmt hat, ist die RPT ausschließlich in den Regionen des Nordens – und dort mit großen Mehrheiten – verankert.

Die Wahlen und die Entwicklung der Demokratie

Wichtig ist nun, dass die politischen Protagonist/innen nach der Wahl dieses Ergebnis nicht ausschließlich als Garantie des Machterhaltes bzw. als Ausschluss von jeder politischen Beteiligungsmöglichkeit begreifen. Denn die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die auf der aktuellen Tagesordnung stehen, sind erheblich. Die dramatische soziale Situation ist offenkundig: Jedes dritte Kind in der Region der Savanne und immerhin noch jedes fünfte Kind in der Küstenregion leidet an akuter Unterernährung. Das Gesundheitswesen wie auch der Bildungssektor sind in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Erschreckend ist die generell ausgesprochen depressive Stimmung der Angst und der Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung.

Vor den Wahlen waren die wesentlichen Aufgaben benannt, die jetzt umgesetzt werden müssen: Der Aufbau des Rechtsstaates beinhaltet eine Reform der Armee, die sich aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen heraushalten muss, eine größere Unabhängigkeit der Justiz von politischen Vorgaben, Dezentralisierung der Verwaltung und innenpolitischer Entscheidungen. Nach den langen Jahren der Diktatur, der Stagnation und Depression müssen nun alle Bevölkerungsgruppen am Neuanfang beteiligt werden.

Die Aufarbeitung der Geschichte muss die Perspektive der Opfer ebenso im Blick haben, wie auch eine Perspektive für das zukünftige friedliche Zusammenleben eröffnen. Dies wird die schwierige Aufgabe einer Wahrheits- und Versöhnungs-

Die umgehende Einleitung von Widerrufsverfahren gegen anerkannte togoische AsylbewerberInnen ist nicht zu verantworten!

Für außenstehende BeobachterInnen scheint sich die Lage in Togo erfreulich entspannt zu haben. Doch die Tatsache allein, dass es nach den Parlamentswahlen im Oktober diesen Jahres nicht wie nach den Präsidentschaftswahlen 2005 zu blutigen Ausschreitungen, Verfolgungen und massenhaften Fluchtbewegungen kam ist alleine noch kein Beweis, dass es keine politische Verfolgung in Togo mehr gibt und die Menschenrechte grundlegend respektiert werden. Dafür sind Beobachtungen über einen längeren Zeitpunkt notwendig mit Fokus auf folgende Punkte:

1. Das Wahlergebnis belegt den tiefen Graben zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Die regierende RPT ist ausschließlich im Norden des Landes mit großen Mehrheiten fest verankert. Angehörige der Volksgruppe der Kabye, dem der Gnassingbe-Klan angehört, waren in über 30 Jahren Gnassingbe-Diktatur mehr oder weniger politische Geiseln. Kabye, die sich in Oppositionsparteien engagieren, sind meines Erachtens auch heute noch besonders gefährdet. Dasselbe gilt für Angehörige der Sicherheitskräfte.
2. Bis auf die Erschießung eines Mitarbeiters der deutschen Botschaft an einer Straßensperre in Lomé in den Neunziger Jahren ist bisher kein von Sicherheitskräften begangener Mord juristisch verfolgt worden. Opfer und ihre Angehörigen wurden bis heute in keiner Weise entschädigt. Die Straffreiheit begünstigt die Grundhaltung von Angehörige der Sicherheitskräfte, sich als über dem Recht stehend zu begreifen. Sie begünstigt zukünftige Menschenrechtsverletzungen. Es ist dabei insbesondere zu beobachten, ob früher übliche Misshandlungen auf Polizei- und Gendarmerierevieren und insbesondere im Armeegewahrsam sowie körperliche Übergriffe bei Straßenkontrollen auch weiterhin vorkommen.
3. Es bleibt zu prüfen, ob Personen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert haben oder dies noch tun, in Zukunft unbehelligt bleiben oder Bedrohungen ausgesetzt sind.
4. Die Reform des Justizwesens ist noch nicht abgeschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob die Unabhängigkeit der Justiz und damit das Recht auf einen fairen Prozess auch in der Praxis gewährleistet ist.
5. Es war eine übliche Praxis, politisch unerwünschte Personen wegen Strafvergehen anzuklagen, z.B. angeblicher Unterschlagung u.a. Daraus resultierende Verurteilungen fallen nicht unter Amnestiegesetze.
6. Es bleibt abzuwarten, ob das Postgeheimnis umfassend gewahrt wird, oder die Überwachung von Post, Tele- und digitaler Kommunikation bei politisch missliebigen Personen oder an Schaltstellen wie Internetcafés fortgeführt wird.

Britta Ratsch-Menke
Ökumenische Ausländerarbeit Bremen e.V.

kommission sein, ebenso wie der Kampf gegen die bestehende Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen.

Die Kirchen, Zivilgesellschaft und internationale Partner, die sich jetzt für die Begleitung und Beobachtung der Wahlen engagiert hatten, haben nun die Aufgabe, immer wieder die Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt der politischen Diskussion zu stellen.